

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Rieser,
Rennweg Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1580,
Verkauf:
Rieser Nr. 52.

Nr. 275.

Mittwoch, 26. November 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 4 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kustschlag, feste Tarife. Besondere Rabatte erwünscht, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontants gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wichtige Unterhaltungsbeilagen: „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Rieser.

Wenn sich keine Mehrheit findet...?

Die Dispositionen der Regierung sind bekannt. Die Weisungen will sie das Finanz- und Sanierungsprogramm, sollen alle Befehle verabschiedet sein, die mit dem Regierungsprogramm verbunden sind. In den Verhandlungen, die jetzt zwischen Regierung und Parteien geführt werden, kommt immer wieder die Regierungsforderung zum Ausdruck, die der Kanzler bereits in wiederholten Rundreden gestellt hat: Weihnachten sei der letzte Termin. Deshalb wohl, weil um Neujahr andere Aufgaben der Regierung harrten. Nur davon ist die Regierung abgegangen, auch die Verabschiedung des Etats für 1931 noch in diesem Jahre zu forcieren. Der Reichstag soll Gelegenheit erhalten, den Etat anfangs des nächsten Jahres in aller Ruhe durchzuberaten.

Die Verhandlungen, die die Regierung nun in dieser Woche mit den Parteien führt, streben drei Dinge an. Einmal Klarheit über die Haltung der Parteien zu den Notverordnungen zu gewinnen, mit den Parteien die Möglichkeiten des Lohn- und Preisabbaus zu erörtern und schließlich ihre Einstellung zu den etwa 30 Befehlen des Regierungsprogramms zu erlangen. Nun lausen in Berlin aufsehenerregende Gerüchte um, von denen man Kenntnis nehmen muß, ohne auf sie zu schwören. Es heißt, sobald die Regierung feststellen müsse, daß sich keine Mehrheit für das Regierungsprogramm finde, werde sie überhaupt davon absehen, dem Reichstag die Beratung der Gesetze zu unterbreiten, sondern eine weitere Vertagung des Reichstags zu fordern, um die Gesetze im Wege der Notverordnung durchzuführen. Wenn man sich daran erinnert, daß die Regierung immer wieder betonte, sie werde versuchen, mit dem Reichstage zum Ergebnis zu kommen, so schließt das durchaus nicht aus, daß sie, sobald sie in den Vorverhandlungen den Eindruck gewinnt, mit einem negierenden Reichstage zu tun zu haben, zum Artikel 48 übergeht und diktatorisch über den Reichstag hinweg ihre Pläne verfolgt. Es liegt also kein Grund vor, den Gerüchten zu misstrauen. Und es wird, nach Auffassung der Parteien lediglich an den Parteien liegen, ob der Reichstag ausgeschaltet wird oder nicht. Jedenfalls muß man mit allen Eventualitäten rechnen.

Um vorbereitet zu sein, ist es nun notwendig, die Haltung der Parteien zu untersuchen. Aus den Verhandlungen mit den sozialdemokratischen Führern konnte die Regierung die Genugtuung mitnehmen, daß sie sich auf die Unterstützung der größten Partei verlassen könne, wenn sie nur verständliche Konzessionen macht. Und zu diesen Konzessionen scheint sie bereit zu sein. Anders wäre es nicht verständlich, daß aus diesen ersten Verhandlungen großer Optimismus laut wird. Dagegen liegen die Schwierigkeiten mehr nach rechts. Sie beginnen bereits bei der Deutschen Volkspartei, die, wie wir hören, mit zahlreichen Einwänden kommen will und Forderungen erhebt, die die Konzessionen an die Sozialdemokraten aufheben müßten. Mit gleicher Entschiedenheit lehnen die Gruppen rechts der Volkspartei zu weitgehendes Entgegenkommen an die Sozialdemokraten ab. Vor allem weiß man nicht, wie sich die Wirtschaftspartei stellen wird, und so läßt sich, sobald der Kanzler mit ihr verhandelt hat, aus ihrer Haltung, auch der Beachtung der Forderungen der Volkspartei und schließlich aus der Einstellung der Fraktionen um Trebitz und Schiele, leicht erkennen, was die Regierung zu tun hat. Denn Opposition bleiben die Kommunisten, die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten, so daß wieder mit den kleinen Gruppen gerechnet werden muß. Die Zweidrittelmehrheit läßt sich niemals finden. Die Überzeugung der Regierung, daß auch eine einfache Mehrheit nicht vorhanden ist, muß ihr geradezu die Verpfändung auferlegen, entscheidende Beschlässe nach den Verhandlungen mit den Parteien zu fassen. Und somit muß man die unauflösenden Gerüchte in allem Ernst beachten. Sie scheinen nicht nur Erfindungen anglistischer Gemüter zu sein, sondern aus richtiger Überzeugung der Parteieinstellung zu kommen.

Die neue Kommunalsteuer im Reichstagsauschuß.

Abg. Berlin. Eine lebhaft ausgeführte Rede ergab sich bei der gestrigen Beratung der neuen Kommunalsteuer nach der Notverordnung. Dr. Herz (Soz.) wandte sich besonders gegen die Bürgersteuer, während Ministerialdirektor Dr. Jarben vom Reichsfinanzministerium meinte, daß durch die Bürgersteuer eine Gesundung der Finanzverhältnisse in den Gemeinden beschleunigt würde. Abg. Dergt (Dnat.) hielt den Grundgedanken der Bürgersteuer für richtig, sofern nicht damit allein den Gemeinden eine neue Einnahmequelle eröffnet werden solle. Ähnlich äußerte sich Abg. Rolte (Dannover), während Abg. Köster (Wirtschaftsp.) die Erhöhung der Biersteuer entschieden verurteilte und auch die Schanksteuer bekämpfte. Dr. Reubauer (Komm.) forderte grundsätzliche Verbot von Kopfsteuern in Deutschland. Abg. Lang (Hörs.) verurteilte die Biersteuererhöhung. Abg. Dr. Cremer (Deutsche Sp.) bezeichnete die Getränkesteuer als höchst unästhetisches Produkt, für das auch in engen Kreisen der Reichsregierung keine große Begeisterung mehr zu bestehen scheint. Auch die Gemeinde-Einkommensteuer sei ein ungeeignetes Mittel, während im Prinzip die Bürgersteuer nicht zu verurteilen wäre. Allerdings sei der Sinn der Bürgersteuer durch die Notverordnung gewissermaßen umgekehrt worden in eine neue Gemeinde-Einkommensteuer. Das gehe gegen die Absichten der Deutschen Volkspartei.

Sächsischer Landtag

Brennende Wirtschaftsfragen.

Der Ladenschluß in der Weihnachtszeit.

Für den ausgeschiedenen Abg. Dr. Bläser ist der Abg. Diekmann (Dsp.) im Hause erschienen; er wird vom Präsidenten begrüßt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung protestiert Abg. Dr. Ballner (Volksp.-P.) gegen die Ablegung der Notverordnungsvorlage von der Tagesordnung. Die Regierung scheine den Willen der Mehrheit des Landtags nicht zu respektieren zu wollen.

Minister des Innern Richter weist diesen Vorwurf zurück. Der Mehrheitswille des Landtags stehe noch nicht fest. Die Regierung habe das Recht und die Pflicht, eine Vorlage, die sie für nötig halte, zur Durchführung zu bringen.

Präsident Wedel stellt fest, daß die Regierung bisher nichts getan habe, was vor der Verfassung und der Geschäftsordnung nicht zu verantworten sei.

Den ersten Punkt der Beratung bildet der

Gesekentwurf

über einen monatlichen Wirtschaftskredit.

Finanzminister Dr. Hedrich begründet die Vorlage und weist vor allem darauf hin, daß es sich hier nur um eine sehr beschränkte Hilfe handle, keinesfalls aber um eine Diktation von bedeutendem Ausmaß, auf die die Wirtschaft große Hoffnungen setzen könnte. Es könne keine Rede davon sein, mit dem Betrage von 1,5 Millionen Mark unrentable und zusammenbrechende Betriebe künstlich aufrecht zu erhalten.

Abg. Puppe (Dsp.) äußert verschiedene Bedenken gegen die Vorlage. Die ausgearbeiteten Mittel seien zu gering, um wirklich Hilfe zu leisten, sie seien zu gering, um notwendig, zur Beurteilung der Hilfsbedürftigkeit nicht nur die Vertreter der Staatsbank, sondern auch der örtlichen Bankinstitute aller Art hinzuzuziehen, damit nur dort geholfen werde, wo es sich um ferngesandte Unternehmungen handle. Die Vorlage ist nötig, weil der Weg, den wir bisher wirtschaftlich gegangen sind, in Not und Elend führt und wir es vom Standpunkte der Allgemeinheit nicht wünschen, daß wir in der Wirtschaft so geföhrt werden, daß der Weg endlich wieder aufwärts führt. Dazu ist es notwendig, daß die deutsche Wirtschaft von den ihr auferlegten Lasten befreit wird. Sonst sind alle Bemühungen vergeblich.

Abg. Dr. Eckardt (Dn.) Auch seine Partei stehe der Vorlage mit gemischten Gefühlen gegenüber. In Wirklichkeit handle es sich hier um eine Subvention einzelner Privatbetriebe. Ein Eingriff in die Privatwirtschaft sei aber selten von großem Erfolge begleitet. Redner kritisiert in diesem Zusammenhang die gegenwärtige Subventionspolitik der Gemeinden, die wohl im Interesse der Gemeinden, weiß aber nicht im Interesse der Allgemeinheit liege. Er bitte die Regierung, diese Subventionspolitik scharf zu überdenken. Seine Partei werde der Vorlage zustimmen, weil die allgemeine Notlage der Wirtschaft es erfordere, weil die Kreditversorgung infolge der Konzentration der öffentlichen Gelder in Berlin im argen liege und weil die Kreditgewährung in der Nachkriegszeit eine grundsätzliche Änderung erfahren habe. Verhütet möchte werden, daß der Darlehensnehmer seine Papiere vor dem unmittelbaren Konkurrenten darlegen müsse.

Abg. Renner (Komm.) lehnte namens seiner Partei die Vorlage ab.

Abg. Dr. Kistner (Dem.) meint, es hätte die Stellungnahme der Parteien zu der Vorlage bedeutend erleichtert, wenn der Finanzminister seine heutigen Ausführungen vorher veröffentlicht hätte. Bedenklich sei, daß man nicht wissen könne, welche Regierung der gegenwärtigen folge und wie diese die Gelder verteilte.

Abg. Siegmund (Soz.) erklärt, die vorliegende Begründung der Regierung könne seine Freunde nicht bestimmen, der Vorlage zuzustimmen.

Abg. Dr. Wilhelm (Wirtschaftsp.) Grundmäßig sei seine Partei gegen Subventionierung. Die geteilte Aufnahme, die die Vorlage gefunden habe, sei darauf zurückzuführen, daß jeder einsehe, daß mit dieser Vorlage der Not nicht abgeholfen werden könne.

Abg. Dr. Ballner (Volksp.-P.) hält ebenfalls die Vorlage nicht für ein geeignetes Mittel, die Produktion zu heben. Mit dem Kreditgeben seien sehr schlimme Erfahrungen gemacht worden. — Die Vorlage wird hierauf an den Rechtsauschuß verwiesen.

Abg. Weiser (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag, die Regierung zu ersuchen, durch Verordnung die Polizeibehörden und Kreishauptmannschaften anzuweisen,

vor Weihnachten nur einen Sonntag

zum Verkauf freizugeben und in den Wochen vor Weihnachten eine Verlängerung der Verkaufszeit über 7 Uhr nicht mehr zu genehmigen.

Abg. Weiser (Komm.) empfiehlt Annahme eines kommunikativen Änderungsantrages „in den Wochen vor Weihnachten eine Verlängerung der Verkaufszeit nicht mehr zu genehmigen und den halbtägigen Ladenschluß ausnahmslos in allen Geschäftszweigen durchzuführen.“

Finanzminister Dr. Hedrich weist darauf hin, daß nach der Reichsgesetzgebung die Regelung der Arbeitszeit den örtlichen Kreis- und Amtshauptmannschaften übertragen sei. Abg. Kistner (Dem.) hält es für falsch, in einer Zeit der Wirtschaftskrise eine Veränderung der Arbeitszeit einzuführen, denn wirtschaftliche Not erfordere eine intensivere Arbeit.

Abg. Dr. Kistner (Dem.) betonte, daß Unternehmer und Arbeiter gemeinsam ein Interesse daran hätten, daß der Umfang der Ladenschlüsse nicht künstlich gemindert werde. Jeder Anfall im Ladengeschäft ziehe einen Lohnanfall in der Industrie nach sich. Sollen als Grenzgebiet müsse auch die schacholomatische Konkurrenz im Auge behalten. Der Einzelhandel sei nicht in der Lage, am laufenden Band zu arbeiten.

Abg. Thiel (Deutschn.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an. Er äußert grundsätzliche Bedenken dagegen, daß das Parlament allzuoft die Regierung beeinflusse, in irgendeiner Form Verwaltungsmaßnahmen auszuüben. Zu bedenken sei, daß es eben Angelegenheiten gebe, die sich einem an Sonn- und Feiertagen überhaupt nicht anbringen lassen. Bei allem Wohlwollen für die Angestellten müsse auch die tieferliegende Lage der Geschäftsinhaber berücksichtigt werden.

Abg. Sachse (Wirtschaftsp.) behauptet, daß die Antragsteller verstanden, eine Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu erzeugen.

Abg. Schreiber (Nat.) verlangt getrennte Abstimmung, da seine Partei den 1. Teil des sozialdemokratischen Antrags ablehnen, den zweiten Teil dagegen annehmen, und den kommunikativen Änderungsantrag ablehnen werde.

Während der Schlußworte des Abg. Weiser treten Nationalsozialisten und Sozialdemokraten an das Rednerpult und streiten einander so laut an, daß der Redner sich nicht immer verständlich machen kann.

Der kommunikativen Änderungsantrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Der erste Teil des sozialdemokratischen Antrages findet ebenfalls Ablehnung gegen die Stimmen der beiden linksparlamentarischen Parteien.

Der zweite Teil „in den Wochen vor Weihnachten eine Verlängerung der Verkaufszeit über 7 Uhr abends nicht mehr zu genehmigen, wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen.“

Das Haus trat dann in die erste Beratung der Vorlage wegen Uebernahme von Aktien der A.-G. Sächsische Werke durch die Gemeinden und Gemeindeverbände ein. Finanzminister Dr. Hedrich erklärte in seiner Begründung, daß die Bestrebungen, die Elektrizitätswerke auch der Gemeinden und damit deren Versorgungsgebiete in die A.-G. Sächsische Werke aufzunehmen, schon seit langem beständen und lägen im Sinne der auf eine einheitliche Versorgung des ganzen Landes mit elektrischer Energie gerichteten Politik. Der Minister bat um Annahme der Vorlage. Abg. Lippe (Dsp.) trat für die Vorlage ein. Abg. Dr. Eckardt (Dsp.) bat um Ueberweisung an den Auschuß. Abg. Drehschneider (Stp.) stimmte der Vorlage zu. Die Abg. Ferkel (Soz.), Mählig (Komm.) und Dr. Troll (Landw.) wünschten Änderungen der Vorlage, die dem Haushaltsauschuß B überwiegen wurde.

Sehr erregt gestaltete sich die Aussprache über die von den Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten eingebrachten Anträge auf Aufhebung der Verbote für Besammlungen und Umzüge in Leipzig und Zwickau. Abg. Kleemann (Soz.) machte die Rechtsparteien für die Unruhen verantwortlich, die zu den Verböten geführt hätten. Der jetzt einkehrende Därm nahm derartige Formen an, daß Präsident Wedel eine Reihe von Ordnungsrufen aussteilen mußte. Nachdem wieder Ruhe eingetreten war, griff Abg. Bennede (Nat.) die Gründe der Regierung zu den Verböten an. Innenminister Richter gab eine längere Erklärung ab, in der er sich für die Verböte voll verantwortlich erklärte. Sie seien notwendig, damit sich nicht wieder die Vorgänge wiederholen könnten, wie sie zu Ostern in Leipzig stattfanden.

Abg. Meyer (Nat.) konnte seine Rede zunächst nicht beginnen, da aus den Reihen der Nationalsozialisten „Ferkeltrache“ gerufen wurde. Der sozialdemokratische Abgeordnete Ferkel, der damit gemeint war, sprang wütend auf und wollte sich auf die Nationalsozialisten stürzen. Sämtliche Abgeordnete versammelten sich schließlich um die Rednertribüne, es entstand ein ungeheurer Lärm, der sich noch verstärkte, als Abg. Meyer sich in heftigen Angriffen gegen die Sozialdemokraten erging. Präsident Wedel konnte sich nicht verständlich machen. Erst langsam trat Ruhe ein. Als sich die Abgeordneten wieder auf ihre Plätze begeben hatten, warf der Kommunist Renner der Regierung die Unterstüßung des Faschismus vor. — Die Anträge gingen dem Rechtsauschuß zu. Nächste Sitzung am Donnerstag, dem 27. November, 13 Uhr.